

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Landespolizeiamt
(m. d. B. um Steuerung i. d.
nachgeordneten Bereich)
Landeskriminalamt
Referate der Polizeiabteilung
Fachhochschule für Verwaltung und
Dienstleistung

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: MIB - IV 412 -12.45
Meine Nachricht vom: /

nachrichtlich:
Gleichstellungsbeauftragte der Polizei
Hauptpersonalrat der Polizei
Hauptschwerbehindertenvertretung

Kiel, 2017-06-01

Beschwerdewesen in der Landespolizei
Hier: Verfahrensregelung für die Zusammenarbeit mit der oder dem
Polizeibeauftragten

1. Ausgangssituation

Seit dem 1. Oktober 2016 ist die oder der Bürgerbeauftragte gleichzeitig Polizeibeauftragte oder Polizeibeauftragter für das Land Schleswig-Holstein (im Folgenden Polizeibeauftragte). Ihre Aufgaben sind im Bürger- und Polizeibeauftragten-gesetz (BüPolBG) beschrieben. Hierzu zählt u. a. die Prüfung, ob auf der Grundlage von Beschwerden oder Eingaben hinreichender Anlass zur Sachverhaltsaufklärung besteht (§ 16 Absatz 1 BüPolBG) mit dem Ziel des Hinwirkens auf eine einvernehmliche Erledigung der Angelegenheit. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, wird es in der Regel erforderlich sein, dass sich die Polizeibeauftragte an Polizeidienststellen wendet, um mündliche oder schriftliche Auskunft zu verlangen.

2. Verfahren bei einer Beschwerde (von außerhalb der Polizei - § 13 BüPolBG)

Mit einer Beschwerde an die Polizeibeauftragte kann sich jede natürliche oder juristische Person wenden, die ein persönliches Fehlverhalten einzelner Polizeivollzugsbeamtinnen oder -beamten oder die Rechtswidrigkeit einer polizeilichen Maßnahme behauptet (§ 13 BüPolBG).

Die Beschwerde muss binnen zwölf Monaten nach Beendigung der in Frage stehenden polizeilichen Maßnahme bei der Polizeibeauftragten eingereicht sein (§ 15 Absatz 3 BPolBG).

Soweit hinreichender Anlass zur Sachverhaltsaufklärung besteht, wendet sich die Polizeibeauftragte an die zuständige Polizeibehörde oder das Amt (LPA/LKA). Die Polizeibeauftragte kann sich im Sinne einer Vorprüfung des Sachverhaltes vorab mündlich / telefonisch an das Amt bzw. die Behörde und das MIB IV 41 unter abstrakter Schilderung des fraglichen „Ereignisses“ wenden.

Die Anforderung von Informationen, Akten pp. erfolgt über die Behörden- / Amtsleiterleitererebene bzw. deren Stabsstellen.

Auskünfte an die Polizeibeauftragte sind unverzüglich und auf direktem Wege zu erteilen; parallel ist das MIB IV 41 hierüber in geeigneter Form - ggf. durch Übersendung eines „Sachstandsberichts“ - zu informieren. Akten sind dem MIB nicht zu übersenden.

Bevor es zu einem Akteneinsichtersuchen kommt, wird i. d. R. durch die Polizeibeauftragte von der betroffenen Behörde / dem betroffenen Amt ein „Sachstandsbericht“ eingefordert.

Bei Auskünften und Akteneinsicht sind die rechtlichen Grenzen aus Ziff. 4 zu beachten.

Die ersuchte Stelle fordert die Akten von den nachgeordneten Dienststellen bzw. Bereichen an, prüft die rechtlichen Grenzen gem. Ziff. 4, bereitet die Akten auf (ggf. Anonymisieren von personenbezogenen Daten) und sendet diese an die Polizeibeauftragte.

Auf laufende Straf-, Ordnungswidrigkeiten- oder Disziplinarverfahren wird hingewiesen, eine Übersendung von Akten bzw. Aktenbestandteilen erfolgt nicht.

Wird bei der Behörde oder dem Amt bereits ein Dienstaufsichtsbeschwerdeverfahren geführt, so erhält die Polizeibeauftragte bei Bedarf grundsätzlich Akteneinsicht.

Die Polizeibeauftragte entscheidet, ob sie den Ausgang von Verfahren (Straf-, Ordnungswidrigkeiten-, Disziplinarverfahren, Dienstaufsichtsbeschwerden, beamtenrechtliche Verfahren u.a.) abwartet und den Beschwerdeführer über die vorläufige Einstellung unterrichtet oder ob sie – in geeigneten Ausnahmefällen - parallel hierzu tätig wird mit dem Ziel, begleitend eine Konfliktbereinigung herbeiführen. Die Polizeibeauftragte nimmt dabei keinen Eingriff in oder eine Überprüfung der Verfahrensausgänge zu o.g. Verfahren vor.

Die betroffene Amts- bzw. Behördenleitung wird durch die Polizeibeauftragte über das weitere Vorgehen sowie über das Ergebnis der Prüfung informiert und informiert ihrerseits MIB IV 41 über wesentliche Verfahrensschritte.

3. Verfahren bei einer Eingabe von Polizeibeschäftigten (§ 14 BPolBG)

Jede oder jeder Polizeibeschäftigte kann sich mit einer Eingabe an die Polizeibeauftragte ohne Einhaltung des Dienstweges wenden. Der oder dem Polizeibeschäftigten darf dadurch kein dienstlicher Nachteil entstehen. Ein höchstmögliches Maß an Vertraulichkeit ist zu wahren.

Die Eingabe muss binnen zwölf Monaten nach Abschluss des beanstandeten Sachverhaltes bei der Polizeibeauftragten eingereicht sein (§ 15 Absatz 3 BÜPolBG).

Im Übrigen finden die Regelungen aus Ziff. 2 analoge Anwendungen. Abweichend hiervon erfolgen Mitteilungen an das MIB IV 41 in anonymisierter Form.

4. Grenzen der Auskunftserteilung/Akteneinsicht

Akteneinsicht/Auskünfte können der Polizeibeauftragten nur erteilt werden, soweit nicht Rechte Beteiligter/Dritter, besondere Rechtsvorschriften - insbesondere des Datenschutzes - oder Geheimhaltungsvorschriften entgegenstehen (s. § 4 BÜPolBG sowie § 88 LVwG).

4.1. Die Polizeibeauftragte kann - sofern es nach ihrem Ermessen zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist - Akteneinsicht in sämtliche „polizeiliche Vorgänge“ verlangen. Sofern die Vorgänge jedoch personenbezogene Daten Dritter enthalten, ist ggfs. eine Anonymisierung der Akte hinsichtlich dieser Dritten vorzunehmen, sofern dies nicht möglich ist, die Akteneinsicht zu versagen.

4.2. Über das Recht der Polizeibeauftragten zur Akteneinsicht in strafrechtliche Ermittlungsakten entscheidet die Staatsanwaltschaft; dies gilt ebenso nach Einstellung der Ermittlungen.

4.3. Einem Akteneinsichtsrecht in Disziplinarakten stehen vor dem Hintergrund des erheblichen Eingriffs in das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung der oder des Betroffenen sowie weiterer Beteiligter grundsätzlich deren Rechte sowie Datenschutzrechte entgegen – es sei denn, es liegt eine ausdrückliche Einwilligung der oder des Betroffenen sowie ggf. weiterer Beteiligter vor. Die Einwilligung muss schriftlich erfolgen. Im Übrigen gelten die Ausführungen zu Ziff. 4.1.

4.4. Einem Akteneinsichtsrecht in die Personalakte stehen ohne schriftliche Einwilligung der oder des Betroffenen ebenfalls die unter 4.3. genannten Rechte der oder des Betroffenen entgegen. Im Falle der Einwilligung durch die Betroffene oder den Betroffenen gilt auch hier, dass eine Schwärzung von personenbezogenen Daten Dritter zu prüfen ist. Es ist sicherzustellen, dass im Falle einer Einwilligung der konkrete Umfang der Einwilligung beachtet wird. Wird allein der Einsicht in die Disziplinarakte (als Teil der Personalakte) zugestimmt, darf der Polizeibeauftragten keine Einsicht in die gesamte Personalakte gewährt werden.

Unter Akten sind insbesondere auch elektronische Akten und Vorgänge zu verstehen (§ 16 Absatz 4 BÜPolBG).

5. Betroffenenrechte

Der oder dem von einer Beschwerde oder Eingabe betroffenen Polizeivollzugsbeamtin oder -beamten sowie der Leiterin oder dem Leiter der betroffenen Polizeibehörde oder -einrichtung ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Die gem. § 16 Absatz 2 Satz 1 BPolBG zu erteilende Auskunft kann verweigert werden, wenn

- a. die betroffene Polizeivollzugsbeamtin oder der betroffene Polizeivollzugsbeamte mit der Auskunft sich selbst oder einen der in § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung genannten Angehörigen dem Verdacht eines Dienstvergehens oder einer Straftat aussetzen würde,
- b. für die um Auskunft angehaltene Polizeivollzugsbeamtin oder den um Auskunft angehaltenen Polizeivollzugsbeamten ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung besteht.

Die Berufung auf ein Auskunftsverweigerungsrecht erfolgt gegenüber der oder dem unmittelbaren Dienstvorgesetzten (i. d. R. Revier- oder Stabsleiter).

Liegen konkrete Anhaltspunkte vor, die den Verdacht eines Dienstvergehens oder einer Straftat rechtfertigen, ist die betroffene Polizeivollzugsbeamtin oder der betroffene Polizeivollzugsbeamte darauf hinzuweisen, dass es ihr oder ihm freistehe, sich mündlich oder schriftlich zu äußern oder sich nicht zur Sache einzulassen und sie oder er sich jederzeit einer oder eines Bevollmächtigten oder Beistands bedienen könne. Verantwortlich für die Erteilung des Hinweises ist die oder der unmittelbare Dienstvorgesetzte (§ 16, Absatz 6).

Eine Befragung einer Polizeivollzugsbeamtin oder eines Polizeivollzugsbeamten durch die Polizeibeauftragte erfolgt in Kenntnis der Behörden- bzw. Amtsleitung. Gleiches gilt für den Zutritt zu Dienststellen.

6. Sonstige Hinweise

Zentrale Stelle für grundsätzliche Frage ist das Referat IV 41 im MIB.

Die Polizeibeauftragte kann in jeder Lage des Verfahrens auf eine einvernehmliche Erledigung der Angelegenheit hinwirken; hierzu kann sie insbesondere Empfehlungen aussprechen oder Gelegenheit zur Abhilfe geben.

Die Zuständigkeiten und Verfahrensabläufe der Behörden und Ämter bleiben unberührt. Die Polizeibeauftragte wird keinen Eingriff in bestehende Verfahrensabläufe vornehmen.

Die Polizeibeauftragte unterliegt nicht dem Strafverfolgungszwang, kann jedoch in begründeten Fällen Vorgänge der für die Einleitung eines Straf- oder Disziplinarverfahrens zuständigen Stelle zuleiten. Die Entscheidung, welche Informationen sie der Behörde oder dem Amt mitteilt, obliegt der Polizeibeauftragten.

Der direkte Weg zur Personalvertretung steht der Polizeibeauftragten frei; eine Mitteilungspflicht ggü. der Behörde oder dem Amt sowie MIB IV 41 besteht nicht.

Die Polizeibeauftragte ist zur Verschwiegenheit über alle ihr im Rahmen ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten verpflichtet.

7. Inkrafttreten/Gültigkeitsdauer:

Dieser Erlass tritt mit Verkündung in Kraft. LPA 106 wird gebeten, diese Regelung in die elektronische Erlasssammlung einzustellen und nach Ablauf von fünf Jahren auf Aktualisierungsbedarf überprüfen zu lassen.

Gez. Dr. [REDACTED] D [REDACTED] (MIB IV 4 i.V.)

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Landespolizeiamt
(m. d. B. um Steuerung i. d.
nachgeordneten Bereich)
Landeskriminalamt
Referate der Polizeiabteilung
Fachhochschule für Verwaltung und
Dienstleistung

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: MIB - IV 417 -12.45/12.48
Meine Nachricht vom: /

nachrichtlich:
Gleichstellungsbeauftragte der Polizei
Hauptpersonalrat der Polizei
Hauptschwerbehindertenvertretung

Kiel, 2017-07-07

Beschwerdewesen in der Landespolizei
Hier: Verfahrensregelung für die Zusammenarbeit mit der oder dem
Polizeibeauftragten – Aufhebung des Erlasses

Der Erlass MIB - IV 412 -12.45/12.48 „Verfahrensregelung für die Zusammenarbeit mit der oder dem Polizeibeauftragten“ ist mit Wirkung vom 07.07.2017 aufgehoben. Eine Erörterung hierzu findet statt in der Behördenleiterbesprechung vom 13.07.2017.
Nach erfolgter Überarbeitung wird eine Neuregelung in Kraft treten.

Gez. Jörg Muhlack